

Haushaltsrede Stadträtin Hilde Stolz, Bunte Linke/Die Linke

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,

lieber Herr Oberbürgermeister,

als Letzte an der Reihe zu sein, hat den Vorteil, dass Vieles schon gesagt ist.

Ich möchte Ihnen nur den groben Rahmen skizzieren, in dem die Bunte Linke/Die Linke sich diesmal mit ihren Haushaltsanträgen bewegt. Es war auch gar nicht nötig, dass wir wieder in unsere Trickkiste greifen. Ich war erstaunt, wie viele unserer alten und uralten Forderungen jetzt von verschiedener Seite neu aufgegriffen werden. So falsch kann es also vor 2, 4 oder 6 Jahren nicht gewesen sein!

Der vorgelegte Haushaltsentwurf des Oberbürgermeisters schlägt vor, dass die Verschuldung in gleichem Maße steigen soll wie in den letzten Jahren. Und es wird gleichzeitig investiert in gute Projekte mit Schulsanierung, Sportflächenbau, Theater und Kultur, Kleinkindbetreuung und und und.

Mehrausgaben im Verwaltungshaushalt ohne entsprechende Mehreinnahmen.

Mehrausgaben im Verwaltungshaushalt in nahezu allen Bereichen stehen aber ohne entsprechende Mehreinnahmen, Vieles dazu wurde schon gesagt.

Es gibt Bereiche, in denen steigen die Ausgaben bezogen auf das letzte abgerechnete Jahr 2011 um weit mehr als 10 %: Beispielhaft die Stadtbücherei mit 11 % gleiche Größenordnung wie die Feuerwehr. Wenig im Fokus stehende Ämter reihen sich ein, wie das Archiv und das Rechnungsprüfungsamt planen ca. 13 %. Die Kultureinrichtungen sind bereits hinreichend diskutiert. Umweltschutz- und Gewerbeaufsichtsamt sowie Personalamt haben um die 17 % Mehraufwendungen geplant, bei Schule und Bildung und Öffentlichkeitsarbeit sind es bereits über 22 %, Sport und Stadtplanung gehen von 37 % beziehungsweise 38 % Mehrausgaben aus. Alle sehr gut begründet! Keine Frage.

Dem kommen die Erträge leider nicht nach. Im Ergebnis steigt die Verschuldung der Stadt (inklusive dem Schattenhaushalt der Internationalen Gesamtschule Heidelberg) von circa 200 Mio. € am 31.12.2012 auf 272 Mio. € am 31.12.2014. Das sind 36 % in 2 Jahren, seit Amtsantritt von OB Würzner haben wir damit eine glatte Verdoppelung. Dazu kommen noch eine ganze Reihe meist gut begründeter Forderungen der unterschiedlichsten Interessengruppen für ihren Bereich. Sie benötigen eine Ausweitung der öffentlichen Unterstützung beziehungsweise auch Neubauten und große Investitionen. Einige dieser Projekte sind schon fast beschlossen, die Kosten aber noch gar nicht mit eingestellt, zum Beispiel die Straßenbahnprojekte. Und der Schuldenstand der städtischen Gesellschaften und der Beteiligungen ist ebenfalls nicht mit dabei.

Meine Damen und Herren, das ist unerträglich. Im Ausgeben sind wir also groß, doch wie und wann die Verschuldung zurückgeführt werden soll und von welchem Geld die zusätzlich erstellte Infrastruktur überhaupt betrieben und bewirtschaftet werden soll, danach fragt niemand. Jede Investition zieht Folgekosten nach sich, man kann von circa 10 % der Investitionskosten ausgehen. Jeder neu geschaffene Betreuungsplatz verursacht langfristige laufende Kosten, jedes neue Kultur- und Sportgebäude muss auch „bespielt“ werden, meist zuschussfinanziert. Die Beschlüsse dazu sind zum großen Teil schon gefasst worden, häufig gegen uns, manchmal auch mit unserer Zustimmung

Wovon soll das auf Dauer bezahlt werden?

Alle möglichen Einnahmequellen der Stadt zu nutzen, um Verschuldung zu begrenzen.

Wir sollten als Stadt den Säckel besser zu halten. Es gibt Aufgaben, die die Stadt finanzieren muss. Es sind ihre ureigenen Bereiche: Öffentliche Verwaltung, öffentliche Gebäude, Schulerhalt und -sanierung, öffentlicher Raum, Straßen und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Ver- und Entsorgung. Natürlich auch der gesamte Bereich der Sozialhilfe und der Kinderbetreuung – immerhin 16 % der Ausgaben mit steigender Tendenz. Diese Dinge sind Pflichtaufgaben, hier kommen wir nicht drum herum. Auch die Gestaltung der Konversion zähle ich dazu. Und zumindest das alles sollte über stabile Einnahmen gedeckt sein. Alle Ausgaben darüber hinaus, alle Ausgaben darüber hinaus, sind nicht Grundversorgung für die Basisgesundheit der Stadt, sondern sind dem Bereich der Wellness, wenn nicht sogar dem Luxus zuzuordnen. Beliebtes, weil aktuelles Beispiel Theater und Orchester: 2008 gab die Stadt ca. 11,6 Mio. € dazu, bei 165181 Zuschauern, das waren circa 70 € je Zuschauer und Vorstellung. Heute beträgt der Zuschuss der Stadt 17,4 Mio. € jährlich bei geplanten 105900 Zuschauern, das sind circa 140 € je Zuschauer und Vorstellung. Dieses wenigstens auf den Tickets darzustellen, wurde im letzten Haushalt von uns beantragt, wir haben es diesmal nicht eingebracht, stehen aber zu der Idee. Es würde immerhin jedem zeigen, was die Stadt für ihre Theatergänger tut.

Der Entwurf steht in der Verantwortung des Oberbürgermeisters: Was mal drin steht, ist viel schwieriger wieder zu streichen, als wenn es gar nicht eingeschrieben wäre. Der Haushaltsentwurf ist sehr unvollständig, viele notwendige Erhöhungsanträge sind noch gar nicht enthalten. Hier bieten wir an, dass wir mit zustimmen – entsprechende Gegenfinanzierung vorausgesetzt. Die jetzt von der Grünen-Fraktionsgemeinschaft beantragte Übernachtungspauschale zum Beispiel wurde von uns schon vor Jahren und immer wieder vorgeschlagen, leider immer ohne Erfolg.

Wir selbst gehen diesmal nicht den Weg, einzelne Titel zu betrachten und auszuwählen. Wir möchten zuallererst schauen, welche Wege aus der Schuldenfalle führen könnten und alle möglichen Einnahmequellen der Stadt sichern. Steuererhöhungen sind zwar unpopulär, doch sowohl die Gewerbetreibenden als auch die Bürger der Stadt scheuen sich ihrerseits ja nicht, alle Infrastruktureinrichtungen – natürlich auch die aus dem Wellness- und Luxusbereich - zu nutzen. Entsprechende Lobbyorganisationen und Einzelpersonen sollten sich freiwillig und langfristig zuverlässig in die Finanzierung der Infrastruktur und des Unterhalts einbringen, zumal sie häufig selbst ja nicht zu den direkten Einzählern in die Stadtkasse gehören, wenn sie den freien Berufen angehören oder Forschungs- und Bildungseinrichtungen.

Es genügt nicht, ein Architekturhaus und ein Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft zu fordern, es muss auch finanziell auf gesunden Beinen stehen. Steuergelder allein können das nicht sein. Erstaunt habe ich eben von Herrn Lachenauer vernommen, dass er hier mitgehen kann und es dann sicher in seinen eigenen Lobby-Gruppen aktiv einfordern wird.

Wir zeigen nun punktuell auf, wie wir uns die Veränderungen vorstellen könnten. Als ehrenamtliche Stadträte können wir nicht in wenigen Tagen detailliert umkrepeln, was die Verwaltung in zwei Jahren mit hauptamtlichen Mitarbeitern bearbeitet hat.

Schuldenneuaufnahme muss dringend reduziert werden

Welche Möglichkeiten sehen wir?

Zunächst muss man sehen, dass 15 Mio. € der Investitionen in den gebührenrechnenden Einrichtungen entstehen. Das ist eine Verschuldung die sich durch Gebühren refinanziert, tut also langfristig nicht weh.

Wir fordern eine globale Minderausgabe in Höhe von 10 Mio. €. Das heißt, jeder einzelne Ausgabeposten in jedem einzelnen Amt und jede Neuinvestition müssen sorgsam auf Notwendigkeit geprüft werden. Wir trauen dem gesammelten Sachverstand in Verwaltung und Stadtrat zu, dass wir mindestens diesen Betrag von 1 % des Haushalts insgesamt einsparen können.

Steuern sind bei uns seit 2005 stabil, eine Erhöhung um 5 % in 7 Jahren scheint uns vertretbar angesichts der Verschuldungssituation.

Das wären 8 Mio. € aus Gewerbesteuererhöhung und 4 Mio. € aus Grundsteuer B. Mit einem Hebesatz von 420 v.H. steht Heidelberg mit der Gewerbesteuer in Reigen vergleichbarer Städte im unteren Mittelfeld. Zur solidarischen Beteiligung der freien Berufe und der Forschungs- und Medizinischen Einrichtungen müssen neue Wege gefunden werden. Etwa indem diese sich intensiver einbringen bei neuen Projekten oder von ihnen stark genutzten Einrichtungen. Auch große Einrichtungen wie Zoo, Heidelberger Frühling, Heidelberg Marketing und Technologiepark sollten in der Finanzierung ihrer Basisaufgaben nicht ausgespart werden.

Eine Reduzierung der Geschäftskosten und Aufwandsentschädigungen der Gemeinderatsmitglieder und Fraktionen, also unserer eigenen Bezüge, halten wir für angemessen. Es ist zwar ein kleiner Beitrag, zeigt aber, dass wir es alle ernst meinen mit Haushaltskonsolidierung.

Mit unseren Vorschlägen kann die Neuverschuldung um circa. 38 Mio. € sinken – werden dann noch weitere 10 Mio. € aus Kassenbestand finanziert statt durch Neuverschuldung, können weitere Zinszahlungen in Zukunft eingespart werden.

Zur Doppik: Es wurde viel versprochen mit der Einführung der Doppik. Doch den wichtigsten Auftrag hat sie nicht erfüllt: Vergleichbarkeit mit anderen Kommunen und den Ressourcenverbrauch sichtbar zu machen. In einzelnen Ämtern gibt es gute Ansätze, wenn auch bisher noch ohne sichtbare Konsequenzen in der Finanzplanung. Wir freuen uns, dass unsere Anträge dazu aus den letzten Jahren, zum Beispiel zur Kennzahlen-Entwicklung, jetzt sogar von konservativer Seite eingebracht werden. Das ist eine uralte Forderung der Bunten Linken. Die Ermittlung und Darstellung von Kostendeckungsgraden hatten wir immer wieder beantragt. Schön, dass jetzt auch die SPD mit im Boot ist.

Erhöhung der Ausgaben bei den Ärmsten und zur Prävention

Trotz eisernem Sparen gibt es einige Positionen, in denen Erhöhung nötig ist. Armutsbekämpfung, soziale und Präventionsprojekte, das eine oder andere Kulturprojekt, Schulsanierung und Bildung sollten vom Sparen unbedingt ausgenommen sein.

Der erste Satz in der Beschlussvorlage zum Sozialbericht lautet: „Die Bekämpfung der Armut ist eine zentrale Aufgabe kommunaler Sozialpolitik in Heidelberg“. Immerhin 7 % der Heidelberger Bevölkerung, circa 15 000 Mitbürgerinnen und Mitbürger gehören dazu. Davon ist in unserem Haushaltsentwurf aber nicht viel zu spüren: Das Sozialticket, das schon für den laufenden Haushalt beschlossen war, kommt gar nicht erst vor. Zwar laufen eine Reihe von Projekten zum Glück durchgehend zur Qualifizierung und zur Eingliederung in den Beruf. Doch auch hier fehlen im Entwurf die vielfach beantragten wichtigen Erhöhungsvorschläge. Sollte in den Anträgen der Fraktionen noch etwas fehlen, werden wir hier noch nachbessern.

Sozialticket für den ÖPNV

Hier haben wir ein anderes Modell geschaffen als in dem uns vorgelegten Gutachten. Wir sind der Meinung, dass die bezahlten Beträge direkt den Betroffenen zugutekommen sollten, und nicht zuerst der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (RNV) als Sockelbetrag für ein Jobticketmodell. Mit den berechneten circa 500 T€ können schon 700 Monatskarten finanziert werden, wenn man sie ganz regulär bei der RNV kauft. Bei Beiträgen von 20 €, die von den Betroffenen zu zahlen wären und nicht über 35 € wie beim Jobticket. Wir gehen davon aus, dass dieser Betrag genügt, in anderen Städten liegen die Nutzerzahlen von Sozialtickets bei Preisen zwischen 15 und 25 € monatlich bei 7 - 10 % der Berechtigten, bei uns sind circa 5 000 berechtigt, mit 700 hätten wir mehr als 10 % davon abgedeckt.

Übernahme aller entstehenden „Kosten für die Unterkunft“

Wir beantragen eine Erhöhung der Zahlungen bei den Kosten für die Unterkunft. Der im Antrag vorgesehene Betrag sollte ausreichen, und wir bitten um Zustimmung. Ebenfalls im Bericht zur sozialen Lage ist dargelegt, dass häufig die von der Stadt übernommenen Kosten für die Unterkunft nur zum Teil reichen, um die entstehenden Kosten zu decken. Das halten wir für unzumutbar für die Betroffenen. Es muss doch möglich sein, den Ärmsten der Armen ein etwas ruhigeres Schlafen zu ermöglichen, und dass sie wissen, dass auch morgen noch die Wohnung warm ist und Strom und Wasser zur Verfügung stehen, ohne dass sie sich das im wahrsten Sinn des Wortes vom Mund absparen müssen. Der zitierte Satz aus der Vorlage zum Bericht zur sozialen Lage würde damit ein kleines Stück näher zur Wirklichkeit gebracht, wenn wir an dieser Stelle das so beschließen würden.

Wie schon gesagt, bei vielen der von Ihnen eingebrachten Einzelprojektbetrachtungen sind wir durchaus bereit mitzugehen. Uns ging es heute darum einen Gegenentwurf zur endlosen Schuldenerhöhung auf den Tisch zu legen. 8 Mio. € Zinsen, die wir nach diesem Entwurf zahlen, würden genügen, alle, wirklich alle, Wünsche der freien Träger und Kulturschaffenden zu bedienen. Und da dürfen auch Steuererhöhungen nicht tabu sein.

Ich freue mich auf die nachfolgenden Diskussionen, die Ansätze sind gut, wir ziehen am gleichen Strang.

Danke für die Aufmerksamkeit.